

GRÜNE FORDERUNGEN AN DIE BERNISCHE RAUM-, REGIONAL- UND FINANZPOLITIK

1. Nachhaltigkeit

Bern muss als politisches Zentrum der Schweiz eine Vorreiterrolle übernehmen: Das Miteinander von Stadt und Land soll in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht nachhaltig vorgelebt werden. Im Kanton Bern soll gezeigt werden, wie mit begrenzten Ressourcen eine Politik zum Wohle aller formuliert und umgesetzt werden kann. Die bernische Raum-, Regional- und Finanz(-ausgleichs)-Politik muss darum wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig ausgestaltet sein. Eine Förderung nur eines der drei Elemente einer nachhaltigen Entwicklung widerspricht den Grundsätzen grüner Politik.

2. Gemeinsamen politische Strukturen zur Lösung gemeinsamer Probleme

Die heutige Gemeindestruktur ist nicht zukunftstauglich. Das Leben hält sich nicht an Gemeindegrenzen. Infrastrukturprojekte betreffen PendlerInnen oft genauso wie EinwohnerInnen. Und viele Aufgaben der öffentlichen Hand sind über die Gemeindegrenzen hinweg organisiert. Die Gemeindestrukturen müssen den Lebensräumen angepasst werden. Gemeindefusionen müssen „Kleinstgemeinden“ zu funktionsfähigen Einheiten zusammenfassen. In den Agglomerationen müssen gemeinsame Probleme auch in einer gemeinsamen politischen Struktur diskutiert und gelöst werden können. Mit Fusionen muss sichergestellt werden, dass diese funktional eng verflochtenen Räume auch politische Einheiten werden. Die Regionalkonferenzen können dazu höchstens eine Zwischenstufe bilden. Sie sind einerseits zu unverbundlich und andererseits zu gross.

3. Die Hauptstadtregion „dezentral zentralisieren“

Die Hauptstadtregion Bern braucht eine Demokratisierung und eine „dezentrale Zentralisierung“, wie dies in Berns Westen einen Anfang genommen hat. Den EinwohnerInnen wird so die Teilhabe an demokratischen Prozessen ermöglicht. Dazu soll ein Fusionsprozess von Bern und den umliegenden Gemeinden angestossen werden. Dabei soll aber beachtet werden, dass im Sinne des Subsidiaritätsprinzips mit jeder Zentralisierung von Kompetenzen (mit der eine Fusion zwangsläufig verbunden ist) eine Delegation von Kompetenzen an weitere Ebenen einhergehen muss. So müssen mit einer Fusion eine garantierte, angemessene Vertretung der Bevölkerung

nach „Gemeindeteilen“ im Parlament verwirklicht werden oder die Schaffung von Quartierkommissionen verbunden sein.

4. Bern ist Hauptstadtregion aber keine Metropole

Die *unique selling proposition* (USP) von Bern ist der Status als Hauptstadt und Hauptstadtregion der Schweiz, dazu muss es keine Metropole sein. Der Bund darf seine Beiträge an die Kantone und Agglomerationen jedoch nicht vom Status „Metropole“ abhängig machen. Zudem soll der Bund die Leistungen von Bern als Hauptstadt der Schweiz entschädigen. Der Status Hauptstadtregion ist in der Schweiz einmalig und kann nicht kopiert werden. Um diesen Vorteil zu nutzen, braucht es eine Strategie. Die Grünen Kanton Bern fordern deshalb, dass Stadt und Kanton Bern in Zusammenarbeit mit dem Bund eine echte Hauptstadtstrategie für das politische Zentrum der Schweiz ausarbeitet. Die von Kanton und Stadt Bern im Juli 2009 in Aussicht gestellte Schaffung einer Projektorganisation zielt in die richtige Richtung. Kanton und Stadt Bern dürfen jedoch nicht darauf warten, dass sich andere Akteure diesen Bestrebungen anschliessen, sondern müssen aktiv die Vernetzung antreiben.

5. Mehrere wirtschaftliche Standbeine für den Kanton

Bern ist das politische Zentrum der Schweiz. Der Grossraum Bern ist Standort vieler Botschaften und von Konsulaten, von Verbänden und nationalen Organisationen, und bietet damit viele Arbeitsplätze im tertiären Non-Profit-Sektor an. Neben dieser Rolle muss der Kanton Bern aber auch wertschöpfungsstarke Standbeine im privatwirtschaftlichen Bereich wie in der Medizinaltechnik, der Uhrenindustrie, der Elektronik oder Feinmechanik usw. pflegen und entwickeln.

6. Bern als bildungspolitisches und wissenschaftliches Zentrum

Bern ist ein bildungspolitisches und wissenschaftliches Zentrum. Z.B. in der medizinischen Forschung: Mit dem Inselspital verfügt der Kanton Bern über einen Standort mit internationaler Ausstrahlung in der Spitzenmedizin. Die Zusammenarbeit mit der Universität ist gut etabliert. Stadt und Kanton Bern müssen darauf hinarbeiten, dass das Inselspital im nationalen und internationalen Wettbewerb eine gute Ausgangslage hat. Oder in der Klimaforschung: hier schaut die Universität Bern auf eine über eine über 150-jährige Tradition zurück und ist Sitz des Nationalen Forschungsschwerpunkts Klima (NFS Klima). Das Kompetenzzentrum für Klimaforschung betreibt Forschung auf höchstem internationalem Niveau und bildet jedes Jahr mehr als 30 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus. In Bezug auf die Mehrsprachigkeit der Schweiz hat der Kanton Bern besonders in der

Bildungspolitik eine zentrale Funktion. Bern ist der Brückenkanton zur frankophonen Schweiz. Als Universitätsstandort soll er seine Vernetzungs- und Vorreiterfunktion einnehmen.

7. Potential des ländlichen Raums nutzen

Eine der wichtigen Stärken des Kantons Bern ist dessen grosse Vielfalt, die unmittelbare Nähe von pulsierenden Zentren und ruhigen, naturnahen Gebieten mit hohem Wert als Freizeit- und Erholungsräumen. Der Kanton Bern ist einer der wichtigsten Agrarkantone der Schweiz.: Produziert werden Lebensmittel vom Alpkäse bis zur Zucchetti. Das bernische Seeland ist der Gemüsegarten der Schweiz und auf Berner Kantonsgebiet gibt es die meisten Bio-Betriebe des Landes. Dieses landschaftliche, landwirtschaftliche und ökologische Potential muss gepflegt und erhalten werden. Insbesondere muss eine weitere Zersiedelung verhindert werden. Dazu braucht es eine Nutzungsordnung aus einer Gesamtschau.

8. Der Kanton Bern braucht ein starkes Zentrum – und eine dafür angemessene Finanzpolitik

Nur mit einem funktionsfähigen und erfolgreichen Zentrum ist eine nachhaltige Entwicklung des Kantons möglich. Sowohl aus wirtschaftlicher, wie auch aus ökologischer Sicht ist es richtig, die Entwicklung im Kanton auf die Region Bern zu konzentrieren. Nur so kann das erforderliche Steuervolumen generiert werden, um ländliche Regionen mit guten Servis-Public-Diensten zu versorgen. Gleichzeitig muss die kantonale Finanzpolitik sicherstellen, dass die Region Bern diejenigen Aufgaben finanzieren kann, welche sie für den gesamten Kanton und für die Schweiz wahrnimmt. Dazu gehören z.B. Infrastrukturen mit kantonaler Funktion (Kultur, Verkehr, Bildungsinstitutionen), soziale Aufgaben, Kosten als „Host-City“ für internationale, nationale und kantonale Veranstaltungen.

9. Mehr Kooperation statt Konkurrenz: Arbeitsteilung im „Städtenetz“

Eine kantonalbernische Politik kann und darf sich nicht ausschliesslich auf die Region Bern fokussieren. Jede Region muss im Rahmen einer kantonalen Strategie eigene Perspektiven entwickeln (können). Dies bedeute, dass nicht jede Region und jedes Regionalzentrum über dieselben Ausstattungen verfügen soll. Die Städte Bern, Biel, Thun, Burgdorf haben spezifische Profile. In einer zweckmässigen Arbeitsteilung kann jeder „Knoten“ im „Städtenetz Bern“ seine Stärken entwickeln und es können über die Stadt- und Regionsgrenzen hinweg Synergien genutzt werden. Nicht alle zentralen Funktionen des Kantons müssen/sollen in der Region Bern angesiedelt sein. Der

Raum Bern geht aber auch über die Kantonsgrenzen hinaus. Die Städte der Nachbarkantone müssen in die Netz-Überlegungen einbezogen werden. Es braucht von der Kantonsregierung und von den Städten ein koordiniertes Engagement für ein überkantonales Städtetz, das auch Freiburg, Neuenburg und Solothurn umfasst.

10 .Der Kanton Bern braucht eine starke, ökologische Raumplanung

Auch im Kanton Bern sind die Ziele der Raumplanungspolitik – eine zweckmässige und sparsame (haushälterisch gemäss BV Art. 75) Nutzung des Bodens und eine geordnete Besiedelung des Landes – weitgehend verfehlt worden. Die starke Rolle der Gemeinden führt dazu, dass Einzelinteressen dominieren. Der Blick auf das Ganze fehlt, die Entwicklung orientiert sich nicht an den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Boden wird noch zu wenig als nicht erneuerbare Ressource gesehen, mit welcher haushälterisch umgegangen werden muss. Die Raumordnung orientiert sich zu einseitig an Wachstumstheorien. Raumplanung findet heute nur dort statt, wo Land überbaut werden soll. Aus Sicht der Grünen braucht es aber eine Raumplanung, welche die Abstimmung von Siedlungs-, Verkehrs- und Landschaftsentwicklung vornimmt. Raumplanung muss aus einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Gesamtperspektive erfolgen, im Sinne, dass neben den Bedürfnissen der Wirtschaft auch die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die Ansprüche an die Artenvielfalt und der Schutz der Landschaft berücksichtigt werden.

Die Grünen Kanton Bern fordern deshalb, dass die kantonale Raumplanung gestärkt wird. Dies durch eine griffigere kantonale Richtplanung sowie der Stärkung der regionalen räumlichen Koordination. Auch Gemeindefusionen, wie oben gefordert, ermöglichen es, grossräumigere Planungen vorzunehmen. Der Regierungsrat soll sich deshalb auf kantonaler wie nationaler Ebene für die Stärkung der kantonalen Raumplanung einsetzen.